

Der Steinmetz

Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinmetz“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
 Herausgeber
 Paul Mitschke, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.
 Verantwortlicher Redakteur
 Dthmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Geschäftsstelle und Expedition:
Rixdorf-Berlin,
 Bergstraße 30-31, Hof pt.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile oder deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.
 „Der Steinmetz“ ist unter Nr. 7056 d. Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6. Sonnabend, den 9. Februar 1901. 5. Jahrg.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Auerhammer. Der Ausstand bei Stengler dauert fort, Unterhandlungen zur Beilegung sind eingeleitet. Die ausgesperrten Steinarbeiter der Firma Reich haben die Entschädigungsklage gegen die Firma angestrengt.
Dronhig b. Zeitz wurden 70 Mann wegen Nichtannahme einer Platzordnung ausgesperrt, Unterhandlungen zur Beilegung und Regelung sind im Gange.
Birkenau i. Odenwald, Gnadenfrei i. Schl., Stettin, Plauen und Wittenberg ist Zugzug fernzuhalten.

Die Unfallhäufigkeit in den Staatsbauverwaltungen.

Ein besonderes Interesse beanspruchen die staatlichen Bauverwaltungen und zwar deshalb, weil allen staatlichen Regiebetrieben eine Sonderstellung bezüglich des Arbeiterschutzes in der Durchführung der Unfallverhütungsmaßnahmen in der Reichsgewerbeordnung und dem Unfallversicherungsgesetz zugestanden ist. Die sich mehr öffentlich vollziehende Kontrolle der staatlichen Aufsichtsbeamten (Gewerbeinspektion), der Beauftragten der Berufsgenossenschaften und die der Polizeibehörde haben in diesen Betrieben in der Thätigkeit nach der Richtung nichts zu thun; — hier nimmt die Staatsraison einen streng konservativen Charakter an, wonach es für den beschränkten Unterthanenverstand für selbstverständlich gelten soll, daß in diesen Räumen, wo der Vater „Staat“ seinen Familienstern behält, für Gesundheit und Leben der Arbeiter gesorgt wird. Wie sehr hier der äußere Schein täuscht, beweist die reichsversicherungsamtliche Unfallstatistik der letzten 10 Jahre, die in ihren Ergebnissen dazu angethan ist, das Unvermögen des bureaukratischen Verwaltungssystem auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes etwas „Muster-giltiges“ zu leisten, darzutun. Nicht allein das. Diese Zahlen geben überhaupt zu ernstem Bedenken die größte Veranlassung. Die staatlichen Bauverwaltungen sind auf dem besten Wege, die Arbeiterschutzeslosigkeit in den Unternehmerbetrieben zu übertrumpfen, und für die Unternehmer, im entgegengesetzten Sinne — muster-giltig — zu werden. — Bei der Betrachtung der Unfallziffern der Staatsbauverwaltungen im Verhältnis zu denen der 13 Baugewerks-Berufsgenossenschaften ist in so fern leicht ein Irrthum zum Vortheil der 31 Staatsbauverwaltungen Deutschlands zu erzeugen, wenn man für die letzteren Betriebe die Methode der Durchschnittsberechnung zur Anwendung bringt. In den staatlichen Bauverwaltungen waren 1889: 47 299, dagegen 1898: 51 900 versicherte Personen beschäftigt. Den größeren Antheil hat Preußen, welche Regierung sich erst mit dem Beginn des Jahres 1892 mit abgeschlossenen Zahlen an der reichsversicherungsamtlichen Statistik beteiligte. 1892 hatte die preussische Staatsbauverwaltung 39 093 und 1898: 24 984 versicherte Personen. Die bayerische Regierung gestattet auch erst mit Beginn des Jahres 1893 einen Einblick in ihre Bauverwaltung und ihre diesbezügliche Thätigkeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes.

Vom Beginn 1889 bis Ende 1898, also innerhalb zehn Jahre, waren in den 31 staatlichen Bau-

verwaltungen 8002 Verletzte und 225 tödtlich Verletzte konstatiert; davon sind 1646 Verletzte entschädigt worden. Die übrigen 6356 sind den Betriebskrankenkassen zur Last gefallen. Die Zahl der Verletzten und tödtlich Verletzten ist entschieden größer, weil ein Theil der Bundesstaaten erst im Laufe der letzten zehn Jahre sich bequemt, an der reichsversicherungsamtlichen Statistik theilzunehmen. Im Jahre 1889 sind mit Preußen (Provinzialbauverwaltungen) in der reichsversicherungsamtlichen Statistik 21 Bauverwaltungen aufgeführt, hierbei muß eingeschaltet werden, daß das Kaiserliche Kanalbauamt zu Kiel erst mit Beginn 1896 in Funktion tritt. — Um Trugschlüsse über die Verhältnisse des Bauarbeiterschutzes in den Staatsbauverwaltungen zu vermeiden, scheidet wir deshalb bei unseren Betrachtungen 18 Bauverwaltungen der Bundesstaaten mit 11 248 Versicherten (1898) aus, die auch wegen der geringen Beteiligung an der Unfallziffer nicht in Frage kommen und lassen hier 13 Bauverwaltungen mit 40 652 versicherten Personen in den Vordergrund treten:

Staatliche Bauverwaltungen.	Jahr	Zahl der Versicherten	Auf pro Tausend Versicherte kamen Verletzte	Zunahme der Verletzten auf pro Tausend Versicherte des Jahres 1898 gegen das vorangehende Jahr i. pCt.	Auf pro Tausend Versicherte kamen tödtlich Verletzte
Abtheilung des Innern zu Stralsburg i. G.	1889	6069	1,98	—	—
	1898	4027	11,92	502,02	0,49
Abtheilung für innere Verwaltung zu Gotha	1892	227	8,81	—	—
	1898	227	13,22	50,05	—
Herzogliche Baudirektion zu Braunschweig	1889	1799	20,01	—	—
	1898	758	18,47	—	—
Großherzogl. Bau-Direktion zu Oldenburg	1889	520	4,41	—	—
	1898	520	19,23	336,05	—
Landesausschuß zu Greiz	1889	53	18,87	6,00	—
	1898	50	20,00	—	—
Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Preußen	1892	39093	8,31	0,25	—
	1898	24984	22,41	169,67	0,48
Großherzogl. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbau zu Karlsruhe	1889	4659	7,08	0,43	—
	1898	2370	23,21	227,82	0,84
Ministeriale Abtheilung für Bauwesen zu Darmstadt	1890	800	18,75	1,25	—
	1898	250	28,00	49,33	—
Oberste Baubehörde des Ministeriums des Innern zu München	1893	5760	21,70	0,86	—
	1898	4800	47,92	120,82	1,66
Flußbauverwaltung zu Schwerin	1889	124	8,06	—	—
	1898	101	59,41	637,09	—
I. Section der Baudeputation zu Hamburg	1889	1371	29,18	—	—
	1898	1462	72,50	148,45	0,68
Kaiserliches Kanalamt zu Kiel	1896	1096	30,11	0,91	—
	1898	773	85,38	183,56	—
Baudeputation zu Lübeck	1889	398	82,91	5,02	—
	1898	330	103,03	24,26	—

Die tabellarische Uebersicht zeigt in diesen Verwaltungen eine enorme procentuale Steigerung der Unfallziffern. Wie aber auch sehr leicht zu ersehen, giebt der procentuale Vergleich immerhin noch nicht die tatsächlichen Verhältnisse wieder, weil ein nicht geringer Theil der Verwaltungen mit einer hohen Unfallziffer im vorangegebenen Jahre einsetzt, die, wie man annehmen könnte, dazu angethan wäre, eine weitere Steigerung der Unfallziffer nicht mehr zuzulassen. Man vergleiche nur die letzten 5 Verwaltungen. — Im Jahre 1898 hatten diese 13 Bauverwaltungen 1140 Verletzte, hiernach kamen durchschnittlich auf pro Tausend Versicherte 28,04 Verletzte, während in demselben Jahre die 13 Baugewerks-

berufsgenossenschaften 35,88 Verletzte „auf pro Tausend Versicherte“ zu verzeichnen hatten.

Die 13 Baugewerks-Berufsgenossenschaften hatten im Jahre 1898 gegen 1889 „auf pro Tausend Versicherte“ eine Zunahme der Verletzten von 67,50 pCt., worin diese, mit Ausnahme der Verwaltungen von Gotha, Greiz, Darmstadt und Lübeck, von allen übrigen hier angeführten Verwaltungen überholt werden. Die letzten 5 Bauverwaltungen der Tabelle in München, Schwerin, Hamburg, Kiel und Lübeck übersteigen in der Zahl der Verletzten „auf pro Tausend Versicherte“ die Durchschnittsziffer für 1898 (35,88) der 13 Baugewerks-Berufsgenossenschaften ganz enorm. Diese Unfallziffern erhalten erst dadurch eine Bedeutung und ein Verständniß, wenn man diese im Zusammenhang mit den für die hier in Frage kommenden Landesheile zuständigen Baugewerks-Berufsgenossenschaften betrachtet. Die Unfallziffer der Oberbaubehörde zu München übersteigt 1898 die Durchschnittszahl der Verletzten der 13 Baugewerks-Berufsgenossenschaften „auf pro Tausend Versicherte“ um 12,04 Verletzte. Aber noch anders zeigt sich das Verhältniß gegenüber der bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Im Jahre 1893 hatte diese Berufsgenossenschaft 43,61 Verletzte „auf pro Tausend Versicherte“, dagegen 1898: 53,31 Verletzte. Hier ist eine Zunahme gegen 1893 von 9,70 Verletzten, gleich 22,24 pCt., festzustellen. In demselben Zeitraum ist aber die Unfallziffer der Oberbaubehörde um 120,82 pCt. gestiegen. — Auf dem Gebiete in der Zahl der tödtlich Verletzten im Baugewerbe genießt Bayern einen schlechten Ruf; hier hat die Zahl der „Toten“ der Oberbaubehörde die der Baugewerks-Berufsgenossenschaft überflügelt. Die Oberbaubehörde verzeichnet 1893: 0,86 und 1898: 1,66 pCt. „auf pro Tausend Versicherte“ dieser Kategorie der Verletzten. Dagegen hat die bayerische Baugewerks-Berufsgenossenschaft 1893: 1,31 und 1898: 1,09 pCt. dieser Verletzten, mithin einen Rückgang zu verzeichnen. Die Oberbaubehörde zu München hat in dem vorangegebenen Zeitraume von 6 Jahren 1052 Verletzte und 41 Tode; dadurch wird auch das Vorgehen der bayerischen Regierung verständlicher. Die Oberbaubehörde zu München war auf dem besten Wege, in einigen Jahren die Unfallziffer der bayerischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft zu erreichen — und zu überholen. Daraus resultirt auch gewiß mit das begreifliche Bemühen, auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes mit mehr entschlossenen Maßnahmen vorzugehen.

Die Bauverwaltungen unter 10, 11, 12 und 13 der Tabelle geben zu nicht uninteressanten Vergleichen mit der zuständigen Hamburger Baugewerks-Berufsgenossenschaft für die in Frage kommenden Landesheile Veranlassung. Die Hamburger Baugewerks-Berufsgenossenschaft hatte 1889: 29,77 Verletzte. Die Hamburger Bauverwaltung erreicht schon so ziemlich mit 29,18 Verletzten auf pro Tausend Versicherte die Unfallziffer der Berufsgenossenschaft, wohingegen die „Baudeputation zu Lübeck“ sogar diese Ziffer überschreitet. Im Jahre 1898 hat die Hamburger Baugewerks-Berufsgenossenschaft 36,16 Verletzte, gleich einer Zunahme gegen 1889 von 6,39 Verletzten und 21,43 pCt. „auf pro Tausend Versicherte“.

Die Tabelle zeigt, wie alle hier in Frage kommenden Bauverwaltungen diese Zunahme übersteigen. Noch größer zeigt sich die Differenz, wenn wir die Ergebnisse der uns zur Verfügung stehenden Unfallstatistik der einzelnen Sektionen dieser Berufs-genossenschaft von 1898 vergleichen.

	Auf pro Tausend Versicherte kommen Verletzte
Hamburger Baugewerks-Berufs-genossenschaft	
Sektion I	45,93
I. Sektion der Baudeputation zu Hamburg*)	72,50
Hamburger Baugewerks-Berufs-genossenschaft	
Sektion II Lübeck	27,66
Baudeputation zu Lübeck*)	103,03
Hamburger Baugewerks-Berufs-genossenschaft	
Sektion III Kiel	43,22
Kaiserliches Kanalbauamt zu Kiel*)	85,38
Hamburger Baugewerks-Berufs-genossenschaft	
Sektion V Schwerin	30,20
Flußbauverwaltung zu Schwerin	59,41

Auch die wegen ihrer Lotterei auf dem Gebiete des Bauarbeiter-schutzes gewiß bekannte nordöstliche Baugewerks-Berufs-genossenschaft muß in Bezug der Steigerung ihrer Unfallziffer gegenüber der preussischen Staatsbauverwaltung zurücktreten. Die preussische Verwaltung hat von Beginn 1892 bis Schluß 1898 eine Zunahme der Verletzten von 169,67 pCt. zu konstatieren, während in demselben Zeitraum die „Nordöstliche“ — nur — eine Steigerung von 53,93 pCt. feststellen konnte. — Die preussische Staatsbau-Verwaltung, unter der Ueberwachung des „Ministeriums der öffentlichen Arbeiten“, wird in wenigen Jahren bezüglich des Menschenverbrauchs sogar die „Nordöstliche“ überflügeln, die bekanntlich in Preußen von den Baugewerks-Berufs-genossenschaften die größte Unfallziffer aufweist. Die Staatsbau-verwaltungen in Deutschland können mit mehr seelischer Ruhe die Dinge an sich herantreten lassen, als die Unternehmer — denn die Entschädigungsbeträge bezahlt der Steuerzahler, und das sind die Arbeiter.

Nach alledem haben die Regierungen in Deutschland wohl Ursache, in ihren Regiebetrieben und Bauverwaltungen andere Zustände zu schaffen, als wie diese bis jetzt bestehen. Die von uns geforderte Beseitigung des Submissionswesens dadurch, daß wir an dessen Stelle die Regiearbeit seitens des Staates und der Gemeinde fordern, erhält durch diese Darlegungen gewiß einen anderen Charakter. Unstreitig ist hierdurch erwiesen, daß der Arbeiterschutz in den staatlichen Betrieben im Verhältnis zu den Betrieben und Bauausführungen der Unternehmer sich in den letzten zehn Jahren bedeutend mehr verschlechtert hat, als wie im Allgemeinen angenommen wurde. Eine Gleichgültigkeit gegen der Arbeiter Leben und Gesundheit hat in diesen Betrieben Platz gegriffen, die hier am allerwenigsten erwartet werden dürfte. Die Regiearbeit, wie diese uns jetzt in den staatlichen Bauverwaltungen entgegentritt, bedeutet bei einer weiteren Entwicklung für die baugewerblichen Arbeiter, daß sie aus dem Regen in die Traufe kommen. Um die Entwicklung der Regiearbeit in unserem Sinne zu fördern, bedarf es eines mehr demokratischen Regierungssystems und einer auch mehr günstigen politischen Situation und vor Allem aber eines größeren Einflusses auf die Gesetzgebung der Partikularstaaten durch die Parlamente. Hier sehen wir auch, wie wichtig für uns die Beteiligung an den Wahlen der Einzel-Landtage ist und wie dringend für uns eine Vertretung der sozialdemokratischen Partei im preussischen Landtage wäre. Im Reichstag haben wir die Möglichkeit, so weit der Baueetat des Reiches in Frage kommt, die Interessen des Bauarbeiter-schutzes durch die Vertreter unserer Sache wahren zu lassen.

Die Entwicklung der Frage des Bauarbeiter-schutzes zeigt sich anders, als wir diesen Schutz in seinen Grundlagen gefordert haben. Wir sind zur Zeit gezwungen, unseren Forderungen auch in der Partikulargesetzgebung Geltung zu verschaffen. Damit ist aber nicht ausgedrückt, daß wir den partikularistischen „Sperling in der Hand“ festhalten, um unsere Hauptforderung, die reichsgesetzliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes, fallen zu lassen. Davon kann keine Rede sein. Gerade was man von Seiten der Reaktion durch das Eingreifen der Partikular-gesetzgebung in der Frage zu erreichen suchte, daß sich hier unsere Forderungen zersplittern und totlaufen sollen, wird nicht gelingen, sondern nach wenigen Jahren, wo diese primitiven Gesetze gewirkt haben, wird der Beweis erbracht sein, daß das, was man den baugewerblichen Arbeitern als Schutz geboten, nicht genügt, sondern, daß der Bauarbeiter-schutz in Deutschland auch einer einheitlichen Grundlage bedarf und so zur Austragung gebracht werden muß. Bis zu der Zeit wird die Frage der Baugewerbeinspektion durch technisch und praktisch gebildete Arbeiter und die Gesetzgebung der Bundesstaaten selbst mehr zur allgemeinen Anerkennung gekommen sein.

*) Staatsbauverwaltungen.

Der „amtliche Arbeiterkontrollleur“ wird langsamer populärer und erringt für sich mehr die öffentliche Meinung, so daß kein Argument ihn wegmogeln kann und keine Macht der Erde im Stande ist, diese vernünftige Forderung der Arbeitern zu verweigern.

Ebenso wird die Reform des Submissionswesens in den einzelnen Bundesstaaten den Weg für eine gesunde Entwicklung der Regiearbeit frei machen. Schon die Streikklausel sorgt dafür, daß den Steuerzahler ausbeutende Unternehmertum im Auge zu behalten. Die Entwicklung der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe setzt nach jeder Richtung bezüglich der Leistungsfähigkeit große Betriebsanlagen auf dem Gebiete der Eisenkonstruktion und der Holzbearbeitung, sowie Ziegel-, Kalk- und Zementfabriken voraus. Alles das soll sich erst unter dem Druck unserer Forderungen aus der kapitalistischen Gesellschaft herauschälen. Um dieses zu erreichen, muß das Submissionswesen dahingehend reformiert werden, daß die Unternehmer kein Interesse mehr an diesen Arbeiten haben. Die Forderung eines erhöhten Schutzes bei den Submissionsarbeiten unter dem Druck einer scharfen Kontrolle, die Regelung der Löhne unter der Anerkennung der maßgebendsten Organisationen der Arbeiter und der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Die Forderungen von Seiten des Staates und der Kommunen, daß zu den auszuführenden Arbeiten nur gutes Material zur Verwendung kommen darf usw., alles das wird dazu beitragen, dem konkurrierenden Unternehmertum die Profitrate unsicher zu machen und ihm den Werth der Submissionsarbeiten zweifelhafter erscheinen zu lassen. — Schon jetzt ist den amtlichen Baumeistern und Ingenieuren bei ihren Plänen und Anschlägen die Konkurrenz der Unternehmer bei den Submissionen unangenehm. Die Konkurrenz der Unternehmer wirkt oft alle amtlichen Kostenberechnungen über den Haufen und eine peinliche Verlegenheit in den amtlichen Bureaus ist die Folge dieses Geschäftsgebahrens. Auch das Eindringen des bekannten Bauschwindlertums mit seinen Praktiken bewirkt manche Gefahren für die staatlichen Verwaltungen. —

Das Unternehmertum in seinen verschiedenen Organisationen wird durch die sog. Auswüchse des Submissionswesens berührt, fühlt sich in seinen Interessen bis auf den Nerv betroffen und steht dieser Ausbeutungsmaterie, die es nicht gerne aus den Zähnen lassen will, rathlos gegenüber. Alle Vorschläge, die auf diesem Gebiete von der Seite gemacht werden, sind einseitig und können von Seiten der Behörde nicht angenommen werden. Die Frage wird immer verworrenere und zeigt den geistigen Bankrott des Unternehmertums. — So entwickeln sich die Dinge zu unserem Vortheil, die in ihrer endgültigen Lösung den Sieg unserer Forderungen bedingen. Mit Recht ist bei dieser Frage auf dem „I. Kongress für Bauarbeiter-schutz“ darauf hingewiesen worden, daß, um unsere Sache zum Siege zu verhelfen, starke Organisationen der Arbeiter diesen Forderungen Achtung und Nachdruck verschaffen müssen. Diese Organisationen zu schaffen, muß unsere unermüdete Arbeit sein.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Sitzungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Berlin. Die Marmorarbeiter hielten am 29. Januar im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, in der über den neuen, von der Kommission ausgearbeiteten Lohnsatz verhandelt wurde. Gegenüber dem bisher gültigen wird in dem neuen Lohnsatz eine Reduzierung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden und eine entsprechende Erhöhung der Stunden- und Akkordlöhne vorgesehen, für „Nacht- und Sonntagsarbeit“ ist ein Lohnzuschlag festgesetzt und außerdem werden für die verschiedenen Arten der Arbeiten, insbesondere unter Berücksichtigung des zu verwendenden Materials, die Akkordpreise genau geregelt. — Nach mehrstündiger, eingehender Beratung wurde dem hauptsächlichsten Theil des Tarifs mit einigen unwesentlichen Abänderungen von der Versammlung zugestimmt und die Beratung der noch verbleibenden Positionen bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bis dahin sollen von den Arbeitern in den einzelnen Geschäften die Tarifverhandlungen weiter gepflogen und auch das Sammelwesen für den Streikfonds geregelt werden. — Auf das Schreiben der Kommission, in welchem die Unternehmer nach den Vorschriften des bisherigen Tarifs zu einer gemeinsamen Tarifverhandlung eingeladen werden, ist bisher noch keine Antwort eingegangen. Gingen sind in letzter Zeit, wie uns berichtet wurde, verschiedentlich Lohnreduzierungen versucht worden, anscheinend um die Arbeiter von einer Lohnbewegung abzuschrecken. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der neue Tarif mit allen Mitteln, wenn notwendig durch die allgemeine Arbeitseinstellung, zur Einführung gelangen soll. — Der Delegirte zur Gewerkschaftskommission gab bekannt, daß sich bereits am Donnerstag die Vertreter der zum Bauberufe gehörigen Organisationen mit der Lohnbewegung der Marmorarbeiter beschäftigen werden.

Bunzlau. Am 3. Februar fand eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Die Abrechnung des Maschinenballs ergab ein kleines Defizit, welches aus der örtlichen Kasse gedeckt wird. — Es war in der vorigen Versammlung der Antrag gestellt und angenommen, daß die Unterstützung für länger erkrankte Kollegen in dieser Versammlung geregelt werden sollte. Die Platzvertreter hatten einen Antrag ausgearbeitet, welcher aber in der heutigen Versammlung keinen Anklang fand. — Die länger erkrankten Kollegen wurden zwar bereits unterstützt, aber nicht in den Verhältnissen, wie es die heutige Versammlung beschloß. Es soll jeder längere Zeit erkrankte Kollege, wenn er in allen Beziehungen seinen Verpflichtungen in den letzten zwei Jahren der Organisation gegenüber nachgekommen ist, sobald die Zwangsklassen (Betriebs-, Ortskrankenkasse) keine Unterstützung mehr zahlen, bis zu 26 Wochen wöchentlich 3 Mk. erhalten. Es ist hierbei zu erwähnen, daß die Betriebskasse 26 Wochen, die Ortskrankenkasse aber nur 13 Wochen Krankengeld bezahlt. — Der hinterbliebenen Familie des verstorbenen Kollegen Wehrhauß wurde 20 Mk. aus der örtlichen Kasse bewilligt. — Im Gewerkschaftlichen ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich reger an die Wahlvereins-Versammlungen zu beteiligen. — Nach Regelung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Semdbach. Am 27. Januar fand hier eine stark besuchte Steinarbeiter-Versammlung statt. Es wurde die Abrechnung geprüft und von den Revisoren für richtig befunden. — Als erster Vertrauensmann wurde Bergbauer einstimmig wiedergewählt, als zweiter Hüter, als Kassierer Großmann, als Schriftführer Wurz und als Statistiker Reihmeier jun. Nach kurzer aber sehr reger Diskussion über örtliche Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Hof. Am 27. Januar fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Es wurde die Jahresabrechnung vorgelegt und für richtig befunden. — 45 durchreisende Kollegen wurden im letzten Quartal unterstützt. — Bei der Kontrolle der Beitragsbücher hat sich ergeben, daß einem Kollegen die 2 Extrakteurmarken fehlten die derselbe jedoch bezahlt hat. Die Marken sind bereits wieder zurückgefordert und soll der Kassierer Hirtmann darüber Auskunft geben. — Die Wahlen ergaben: L. Schielein, Vertrauensmann, St. Mergner, Kassierer, Spätling, Schriftführer; Revisoren: Trampler und Wunderlich; Gewerkschaftsstatist: Schielein und Barthel. — Die Arbeitslorenzählung ergab: Es sind 27 Steinarbeiter am Ort, davon 5 über 100 Tage arbeitslos, von diesen 2 verheirathet. Diese 5 Kollegen arbeiten Sandstein. 2 Kollegen sind durchgereist, wovon der eine 2 Monate, der andere 14 Tage außer Arbeit waren. — Von den Steinameisern die in Akkord arbeiten wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß bei verschiedenen Arbeiten nicht nach Tarif berechnet wird. Beschwerzt man sich, wie es jeden Jahrtag der Fall ist, so wird der schlechte Geschäftsgang vorgehoben, und daß jetzt überall nicht genau nach Tarif bezahlt würde. Dann kommt noch das schlechte Material, das eine Stück ist so rissig, daß es unbrauchbar ist, bei anderen müssen wieder die Flächen zwei bis dreimal nachgenommen werden, so daß ein so schlechter Verdienst erzielt wird, der es nicht möglich macht, in Hof auszukommen. Es sollen die Ursachen untersucht und möglichst bald Abhilfe geschaffen werden. Hervorgehoben wurde hauptsächlich, daß man in Wirklichkeit nicht weiß, wo in allen Orten des Fichtelgebirges nach dem Tarif bezahlt wird. Schon jahrelang sieht man keinen Bericht über die Lage im Fichtelgebirge. Es ist daher notwendig, daß in aller nächster Zeit eine Konferenz abgehalten, und die Tarifangelegenheiten besprochen werden. Der Tarif ist in Schwarzenbach abgeändert worden, ohne daß die anderen Orte benachrichtigt wurden. Dies hält die Versammlung nicht für richtig. Wir müssen im Fichtelgebirge in dieser Sache gemeinsam arbeiten, sonst tritt die trübselige Bezahlung wieder ein, wie sie ehemals vorhanden war. — Die Steinschleifer hatten im vorigen Jahre die Absicht die Forderung zu stellen, ihren Stundenlohn zu erhöhen. Es wurde nach vielen Erwägungen davon abgesehen, da Herr Weiß erklärte, nach Neujahr zuzulegen. Nun war 14 Tage nach Neujahr aber von einer Zulage nichts zu sehen, und sind einige Kollegen vorzeitig geworden. Nach langem Hin- und Herreden sollte ein ganzer Pfennig zugelegt werden, worauf die Kollegen verzichteten. Es soll nun für die Folge auf solche Verpflichtungen nicht mehr eingegangen werden, sondern die Forderungen, gemäß des Streikreglements, rechtzeitig vorbereitet werden. — Wenn die Kollegen alle Versammlungen recht zahlreich besuchen, dann wird auch etwas erreicht und alle persönlichen Reibereien vermieden.

Mannheim. Am 27. Januar fand eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Der Vertrauensmann gab die Quartals-Abrechnung bekannt, welche von den Revisoren geprüft, und wurde dem Vertrauensmann Decharge ertheilt. — Zur Wahl des Agitations-Komitees entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurden die bisherigen Agitations-Komitee-Mitglieder wiedergewählt, um die bisher abgehaltenen Konferenzen für dies Jahr nicht scheitern zu lassen und um den Schritt gegen den Beschluß in Nr. 46 des „Steinarbeiter“, den sie gethan, endgültig zum Austrag zu bringen. Es wurde noch von verschiedenen erwidert, daß, wenn jetzt andere Kollegen in das Agitations-Komitee gewählt würden, für diese die kommenden Arbeiten zu beschwerlich seien, indem sie das zu bearbeitende Feld nicht so gut kennen wie das jetzige. Aus diesem Grunde traten sie wieder in ihr Amt ein. Die Adresse ist wie bisher: „An den Vorsitzenden des Agitations-Komitees Wilhelm Käfer, Mannheim, T. 2, 15.“

Am 31. Januar fand wieder eine Versammlung statt, befußs Stellungnahme zu dem Vertragsentwurf, welcher uns vom Kartell unterbreitet wurde, für ein Gewerkschaftshaus. Der Vertrag zwischen einer Brauerei und dem Kartell wurde nach kurzer Debatte von der Versammlung angenommen. Die Statuten, zur Ausgabe von Anttheilscheinen, wurden nach einigen Veränderungen ebenfalls von der Versammlung unter der Bedingung genehmigt, daß wir uns auch finanziell daran beteiligen können. Es wurde den Kollegen empfohlen, regen Antheil zu nehmen.

Ober-Mörlen. Am 13. Januar fand zu Rauheim eine leider schwach besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Die Tagesordnung konnte deshalb nicht erledigt werden und der Vertrauensmann berief zum Sonntag den 27. Januar eine Versammlung nach Ober-Mörlen ein. Des schlechten Wetters wegen konnten die Kollegen von anderen Orten nicht erscheinen. Trotzdem wurde die Tagesordnung von den 15 anwesenden Kollegen er-

ledigt. Der Vertrauensmann verlas die Quartal- und Jahresabrechnung. Die Einnahme vom 4. Quartal nebst Bestand betrug 207,62 Mk., die Ausgabe 132,66 Mk. — Jahresabrechnung: Einnahme nebst Bestand 475,75 Mk., Ausgabe 400,79 Mk., Kassenbestand 74,96 Mk.; an die Geschäftsleitung wurden 320,75 Mk. abgeliefert; Reiseunterstützung erhielten 14 Kollegen zusammen 8,75 Mk.; für Agitation wurden 17,20 Mk. verausgabt; für Unterhaltung der örtlichen Angelegenheiten, Fachzeitschriften und dergl. 54,09 Mk. Dem Vertrauensmann wurde Decharge erteilt. — Zum Vertrauensmann wurde Kollege Peter Franz Burt einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Hilger und Hoffmann gewählt. — Das von der Geschäftsleitung herausgegebene Flugblatt nebst Resolution wurde angenommen. — Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache gebracht und erledigt.

Neisa. Am 15. Januar tagte eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Der stellvertretende Vertrauensmann gab den Kassenbericht des 4. Quartals bekannt. Einnahme 447,42 Mk., Ausgabe 601,55 Mk., Kassenbestand 1424,60 Mk. — Die Arbeitslosenzählung ergab als Resultat: Sandsteinarbeiter 42, davon am 15. Januar 38 arbeitslos und krank. Granitarbeiter 37, davon am 15. Januar Niemand arbeitslos. Die Marmorarbeiter beteiligten sich nicht an der Zählung, doch waren alle in Arbeit. — Im Gewerkschaftlichen rügte der Vorsitzende die Laueheit der in der Marmorindustrie beschäftigten Steinarbeiter und ermahnte die Kollegen, daß ein Jeder dazu beitragen möge, die Fernliehenden aufzuklären.

Ruhmannsfelde. Am 3. Februar tagte eine gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung in welcher Kollege Schneider über Mißstände und Arbeitsverhältnisse referierte. Einen besonderen Fall schilderte er wie folgt: In 1 1/2 Monat verdiente ein Arbeiter 60 Mk., wohingegen derselbe Arbeiter in dem gleichen Zeitraum am nächsten Tag nur 17 Mk. Lohn erhielt, mithin 43 Mk. weniger. Ob der Arbeitgeber hiervon Kenntnis hat, konnte nicht festgestellt werden. — Was die Gefahren in den Brüchen anbelangt, so nehmen diese in erschreckender Weise zu und allgemein ist man der Ansicht, daß die große Sparsamkeit des Direktors hierbei ins Gewicht fällt. Vor ca. 10 Tagen löste sich eine Erdmasse von 40—50 Kubikmetern ab, welche schon vor langer Zeit abgetragen werden sollte, an dieser Stelle waren gewöhnlich sechs Arbeiter beschäftigt, welche glücklicherweise nicht am Arbeitsplatz waren. — Im Frankenrieder Bruch ist nicht einmal Notverbandzeug vorhanden und bis zum Kassenarzt ist es 1 1/2 Stunde Weg. — Im Brünker Bruch wurde ein Arbeiter durch Herabrollen von Stein im November v. J. schwer verletzt, und einem anderen wurde zugemutet, auf einen Haufen Geröll und Steine hinaufzuklettern, um Steine anzurufen, noch dazu an einer gefährlichen Wand. — Die angeführten Mißstände wurden von den Anwesenden bestritten, und sind nach Meinung des Referenten durch festen Zusammenschluß der Kollegen, welche alle der Organisation beitreten müssen, zu beseitigen. — Der Vertrauensmann streifte ebenfalls durch seine Ausführungen die angeführten Mißstände und deren Beseitigung, wies ferner auf die Krankenkasse der bayrischen Aktien-Gesellschaft Regensburg hin, welche kürzlich einem anderen Kassenarzt überwiesen wurde, ohne daß die Mitglieder Kenntnis erhielten, auch wurde im Allgemeinen über die große Behandlung des Verwalters und deren Poliere scharf kritisiert, welcher nur durch einmütiges Handeln zu beseitigen ist. Die Stimmung der Kollegen, sowie der Beitritt zur Organisation ist eine gute zu nennen, weshalb beschlossen wurde, den Tarif zu kündigen, resp. zu verbessern. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Speier. In der am 15. Januar abgehaltenen Versammlung wurde die Abrechnung vom 1V. Quartal 1900 vorgelegt. Dieselbe ergab: Einnahme 167,06 Mk., Ausgabe 129,85 Mk., Kassenbestand 37,21 Mk. Hierzu kommen noch 4 Mk. Reise-Unterstützung, welche mit der Geschäftsleitung noch nicht verrechnet sind, und 1 Mk. Extrastener, welche einem Kollegen vorgelegt, also der wirkliche Kassenbestand 42,21 Mk. ist. — Bei der Neuwahl wurden L. Schimpf als erster, Chr. Mager als zweiter Vertrauensmann und J. Jäger als Schriftführer wiedergewählt. Als Revisoren wurden Ziebertmann und Semar gewählt. — An der Arbeitslosenzählung beteiligten sich sämtliche 40 Kollegen, wobei sich jedoch mehrfach insofern grobe Fehler eingeschlichen, als verschiedene Kollegen die Frage: „Organisiert?“ mit „Ja“ beantworteten, aber nicht zu wissen scheinen, daß sich an dieses kleine Wörtchen ganz erhebliche Verpflichtungen knüpfen, wie Beitragsleistung, Extrastener u. c. Es macht sich deshalb nötig, die hiesigen Verhältnisse etwas näher zu beleuchten. Eine Interesselosigkeit, die ihresgleichen sucht, zeigen hier die Kollegen größten Theils der Organisation gegenüber. Es scheint, daß es den betreffenden Kollegen erst noch viel schlechter gehen muß, ehe ihnen die Augen aufgehen und sie der Organisation wieder zugeführt werden. Obgleich es an Agitation bei den Kollegen nicht fehlt, sind dieselben doch nicht in die Versammlungen zu bringen, da diese immer nur von den gleichen Kollegen besucht werden. Versprochen wird wohl, aber nicht gehalten und hinterher noch tüchtig geschimpft und denunziert am Bierisch. Es sind hier thatsächlich von den 40 Kollegen nur 11, die regelmäßig ihre Beiträge leisten, obgleich früher alle „organisiert“ waren. Selbst solche, die seither als „gute Kollegen“ galten, haben sich als das Gegenteil entpuppt, denn wo der Vortheil aufhört, hören bei Vielen auch die Pflichten auf und Beitragsrückstände von 1/2 ja sogar 3/4 Jahren sind zu verzeichnen, und dennoch sind diejenigen immer „organisiert“, wenn die Sprache darauf kommt. Nach ungefähr einem Jahr läßt man sich dann wieder ein neues Buch ausstellen, wenn es einem paßt. Wenn nun irgend ein Kollege abreißt, ohne sein Buch mitzunehmen, scheint ihm der Begriff „Organisation“ doch etwas ernstlicher vorzukommen. Ein Kollege von hier ließ sich sein Buch mit 12,60 Mk. Rückstand nachschicken. Ein Beweis, daß man kann, wenn man gewungen ist, aber auch, daß man jedenfalls leichter wöchentlich 30 Pfg. zahlte als soviel auf einmal. Also, Ihr Kollegen von Speier, wacht endlich auf aus eurer Gleichgültigkeit und tretet der Organisation der Steinarbeiter wieder bei. Die Zeiten ändern sich, und jetzt schon machen sich die Früchte eurer Saumlässigkeit bemerkbar. Im vorigen Herbst mußten hiesige Kollegen sich auswärts Arbeit suchen, während die hiesige Arbeit (Gedächtniskirche) zum großen Theil im Bruch verfertigt wird, was früher nicht der Fall war, und daß die hiesigen Unternehmer die seither bezahlten Löhne, die gewiß nicht hoch sind, nicht mehr

bezahlen wollen. Daß diesem nur durch eine gute Organisation entgegen gewirkt werden kann, dürfte Euch zur Genüge bekannt sein. Darum: „Alle Mann in die Organisation!“

Stuttgart. Eine mäßig besuchte Versammlung fand am 19. Januar hier statt. Dieselbe beschäftigte sich speziell mit der bevorstehenden Agitation am Ort selbst, sowie in den Steinbruchdistrikten. — Auf Antrag der Agitations-Kommission, wurde der Beschluß gefaßt, eine Konferenz für Württemberg abzuhalten, und die Agitations-Kommission zu deren Einleitung beauftragt. Diese Versammlung hat bewiesen, daß die Kollegen Stuttgarts allmählich mehr an die unbedingte Nothwendigkeit der Organisation denken. Man sollte nicht meinen, daß in einer Stadt wie Stuttgart die Organisation so kleinlich sei. Es ist ja gewiß manchem organisierten Kollegen ein Theil der Schuld zugemessen. Betrachtet man aber nebenbei die Zahl der im Sommer beschäftigten Kollegen und vergleicht sie mit der Zahl der Organisierten, so mag auch mancher der Letzteren nachlässig geworden sein. Der Vertrauensmann und die wenigen Kollegen sind auch nicht immer im Stande die Organisation zu heben. — Es hat sich in der letzten Zeit ein besserer Zug bemerkbar gemacht. Sehr beeinträchtigt ist die Organisation durch die schon Monate lange, große Arbeitslosigkeit. Nur einzelne Kollegen haben dann und wann wieder eine Beschäftigung. Indem wir annehmen, daß die Organisation gesunde Fortschritte macht, wollen wir an dieser Stelle nicht mehr konstatieren, an wem die Schuld vielfach gelegen hat. — Es hätte ja nicht kommen können, daß wir mit einem so großen Restkonto verzeichnet waren, wo sich nach Einsichtnahme der Zentralleitung nur etwa der achte Theil betheiligt hatte. Es hat jedenfalls mancher einzelne Kollege daraus die Lehre gezogen, daß nur unter sachlicher Arbeit geregelte Verhältnisse, verbunden mit einer guten Organisation, ein Fortschritt gemacht werden kann. Die Mühe einzelner Kollegen für Stärkung der Organisation, wurde im letzten Jahre wiederum nicht belohnt, und warum auch, die persönlichen Geistesleistungen sind immer noch nicht verschwunden, auch muß man noch oft hören: „Es hat ja doch keinen Werth. Es wird ja doch nichts.“ So lange so viele Kollegen noch so indifferent handeln, kann es selbstverständlich nichts werden. Der einzelne Kollege kann der Organisation nützlich sein, kann sie aber auch schädigen. Im ersteren Fall vertritt er die Interessen seiner Berufskollegen, im anderen Fall wirt er gegen die Rechte seiner Kollegen. — Vielen Kollegen ist es aber auch nur um die paar Pfennige Beitrag zu thun, obgleich sie am Jahresluß ebenfalls nichts weiter aufzuweisen haben als die, welche ihre Organisation finanziell unterstützen. So lange sich nicht alle Kollegen der Organisation anschließen, den Kampfsgeist und den persönlichen Eifer bei Seite lassen, so lange dürfen wir an eine Verbesserung unserer Lage nicht denken. Je länger wir noch warten, desto mehr werden uns die Indifferenten über den Kopf wachsen. — Wer trägt dann die Schuld? Diejenigen die die Organisation unterstützen oder die ihr fernstehen? Kollegen, ein neues Jahrhundert hat nun begonnen! Wollen wir nicht auch eine neue Thätigkeit beginnen? Wenn nur jeder Leser dieses Blattes seine Pflicht einigermassen für die Organisation erfüllt, so muß und wird diese eine gute werden. — Unsere Arbeitgeber sind alle organisiert. Haben wir es vielleicht nicht nötig? Nehmen wir uns hieran ein Beispiel.

Achtung, Reiseunterstützung!

Es kommt jetzt des öfteren vor, daß Reiseunterstützungs-Dokumente mit nur wenigen oder gar keinen Ausweisen der betreffenden Reisenden zur Begleichung eingekandt werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß nur die Quittungen berücksichtigt werden, zu welchen Ausweise (Formular 3), welche der Reisende zur Kontrolle abgeben muß, vorhanden sind.

Es sind, um den Mißstand zu beseitigen, welcher sich im Laufe der Zeit herausstellte, Ausweise verausgabt für die, welche sich auf die Reise begeben (grüne Formulare). Es muß also jeder Reisende, welcher die Reiseunterstützung in Anspruch nimmt, einen Ausweis besitzen und abgeben.

Also zu jeder Quittung einen Ausweis, und der Begleichung steht nichts im Wege, und jedem Reisenden die Unterstützung verweigert, welcher nicht im Besitze eines abgestempelten und unterschriebenen Ausweises ist.

C. Girmann, Kassirer.

Aufruf an die Steinarbeiter Württembergs!

Kollegen, seit einigen Jahren hat sich die Agitationskommission für Württemberg bemüht, die Organisation zu heben. Wenn es ihr auch gelungen ist, mit Hilfe der Kollegen einzelne Zahlstellen zu errichten, so ist aber noch ein sehr großes Feld vorhanden, wo den Kollegen jede Aufklärung fehlt, wenn ihnen nicht an die Hand gegangen wird.

Es macht sich nun mit Nachthem wieder unsere Erwerbsthätigkeit auf's Neue fühlbar. Wir haben im letzten Jahr wieder gesehen, wie wenig Entgegenkommen die Unternehmer uns zeigten. Im Gegentheil, Unterdrückung der Organisation, Verlängerung der Arbeitszeit, Herabdrückung der Löhne und Akkordpreise, das ist das Bestreben der Unternehmer.

Die einzelnen Zahlstellen sind nicht im Stande, diesem Treiben Einhalt zu thun. Die Kollegen werden sich aber auch nicht auf die Dauer dieser Handlungsweise unterwerfen können, denn nicht

Reise-Unterstützung.
Sinzu kommen: Keine.
Zu streichen sind: Keine.
Adressen-Änderungen. Keine.

Weitere Adressen von Herbergen bezw. Verkehrslokale. Keine.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Das Organisationsbuch des Kollegen Wilhelm Burt, geb. den 25. November 1858 zu Birna, ist am 15. Januar d. J. hier verloren worden. Die Vertrauensleute allerorts mögen dieses beachten, damit kein Mißbrauch mit demselben vorkommt.

Robert Fetisch, Vertrauensmann, Dresden.

Der Steinmetz Karl Schwalb aus Budapest wird ersucht, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Zugleich wünschen wir, daß die Kollegen allerorts denselben daran erinnern.

Gouverne, Vertrauensmann, Coblenz.

kleiner, sondern immer größer werden die Pflichten der Arbeiter.

Kollegen, legen wir endlich vereint Hand an's Werk. Raffen wir uns jetzt nicht auf, so wird uns die Organisation der Unternehmer, (ja, diese sind organisiert) vollends machtlos machen.

Kollegen, noch ist es Zeit, aber auch die höchste Zeit, daß alle Diejenigen, die von dem Nutzen und der Nothwendigkeit der Organisation überzeugt sind, die Hand ans Werk legen und mit Beginn der Thätigkeit in den Bruchdistrikten unsere fernstehenden Kollegen zur Organisation der Steinarbeiter Deutschlands aufmuntern. Jedem zielbewußten Kollegen Württembergs muß es Pflicht und Ehrensache sein, zur Besserstellung der Kollegen unseres Berufes beizutragen.

Kollegen, um nun eine gleichzeitige gemeinschaftliche Agitation in Württemberg entfalten zu können, hat die Agitations-Kommission für Württemberg beschlossen, in den nächsten Wochen eine Konferenz einzuberufen. Die Konferenz soll mehr gegenseitiges Vertrauen unter den dazu berufenen Vertretern bringen. Den einzelnen Vertretern muß es Aufgabe sein, Bericht über die Verhältnisse in ihrem Bruchdistrikt zu erstatten, dadurch wird man erst den nöthigen Einblick in die bestehenden Verhältnisse erhalten. Des Ferneren soll eine Eintheilung in Agitationsbezirke geschaffen werden, um in allen Distrikten Eingang zu bekommen.

Noch verschiedene Aufgaben, die zum Nutzen der Kollegen und zur Entwicklung der Organisation beitragen, wird diese Konferenz in sich schließen.

An die jetzt bestehenden Zahlstellen, wie Stuttgart, Knittlingen, Weinsberg, Heilbronn, Dehringen, Renningen, Sternensfels ergeht somit der Aufruf, ihre nächstgelegenen Distrikte zu veranlassen, womöglich auch einen Vertreter zu senden.

Außerdem werden die Kollegen ersucht, geeignete Vertreter, die einer nützlichen Mitwirkung entsprechen, zu bestimmen, und Vorschläge für Zeit und Art der Konferenz an den Vorsitzenden der Agitations-Kommission für Württemberg, Jos. Rothmund Stuttgart, Lindenpflanzl. 47, bis Montag, den 18. Februar gelangen zu lassen.

Die Vertrauensmänner, der obengenannten Orte werden dringend ersucht, sogleich hierzu Stellung zu nehmen, und womöglich die nahegelegenen Zahlstellen Baden's ebenfalls dazu einzuladen.

Den einzelnen Vertrauensmännern wird diesbezüglich noch näherer Bescheid von hier aus zu gehen.

Nach Eintreffen der Vorschläge für die Konferenz, wird Art und Zeit sofort mitgeteilt werden.

Die Konferenz soll noch im Februar stattfinden. Mögen nun die Vertrauensmänner und Kollegen aller Orts für guten Besuch der Konferenz, die zur besseren Betreibung der Agitation und Entwicklung der Organisation die Grundlage sein soll, zum Wohle aller Steinarbeiter Sorge tragen.

Mit kollegialischem Gruß
die Agitations-Kommission Württembergs.
J. A.: Jos. Rothmund.

Preßstimmen zur Denkschrift.

Das sorgfältig zusammengestellte statistische Zahlenmaterial, sowie die durch Dr. Sommerfeld angeführten Ergebnisse seiner Untersuchungen, welche in unserer Denkschrift enthalten sind, beweisen zur Genüge, daß die Forderungen nach reichsrechtlichen Schutzbestimmungen nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig sind. Die Presse im Allgemeinen, sowie verschiedene Gewerbeinspektoren, welche gewiß ein Urtheil darüber fällen können, befürworten die baldige Einführung dieser Schutzbestimmungen, und wir lassen die Preßstimmen und Ausführungen von Gewerbeinspektoren hiermit folgen. Es schreibt der „Arbeitsmarkt“ von Dr. Jastro:

Die Hauptgefahr für Leben und Gesundheit der Steinarbeiter besteht in dem beim Arbeitsprozeß sich entwickelnden Staubaub, der die Athmungsorgane in hohem Maße angreift und nach kürzester Zeit zu krankhaften Erscheinungen führt. Die Erkrankungsrate ist ungemein hoch: sie beträgt bei den Steinbruch-Arbeitern 37,9, bei den Steinmetzen gar 65 pCt. Fast jeder Steinarbeiter hat die sichere Erwartung, alle 2-2 1/2 Jahre zu erkranken. Die Steinarbeiter erreichen nur ein Durchschnittsalter von 36 1/2 Jahren; diese Arbeiterschaft stirbt viermal rascher ab als die übrige Bevölkerung. Namentlich grassirt in dem Berufe die Lungenschwindsucht. Von je 100 Steinarbeitern weisen 8,38 Erscheinungen bereits entworfener Lungentuberkulose, weitere 10,77 sind auf Tuberkulose verdächtig. Außer diesen Berufsgefahren ist auch noch die ungewöhnliche Unfallhäufigkeit zu nennen. Kein zweiter Beruf hat so viele Unfälle zu verzeichnen. Auf je 1000 unfallversicherte Steinbruch-Arbeiter entfallen etwa 54,3 Unfälle überhaupt, davon 13,6 einschädigte. Im Bergbau beträgt letztere Ziffer nur 12,1. Als Ursache auch dieser besonderen Berufsgefahren ist in erster Linie der Staubaub zu bezeichnen. Zum Schutz dagegen verlangen die Steinarbeiter bestimmte Vorschriften für die Einrichtung der Arbeitsstätten, Arbeitshütten und Aufenthaltsräume. Sie verlangen weiter, daß das Eintrittsalter in den Beruf auf das 18. Lebensjahr hinausgeschoben und daß die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden normirt werde. Alle diese Vorschriften sind schon nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung auf Grund § 120e der Gewerbeordnung durch Bundesrathsbefehl zulässig.

Die Verkürzung der Arbeitszeit bildet die Hauptforderung. Sie wird von einer Anzahl von Gewerbeaufsichtsbeamten gleichfalls als notwendig bezeichnet, da die Gesundheit der Steinarbeiter einzig und allein durch einen möglichst kurzen Aufenthalt in der Staubaumosphäre zu heben ist. Die gegenwärtig übliche Arbeitszeit, wie sie sich auf Grund einer Umfrage im September 1900 für 6612 Steinarbeiter ergibt, geht aus nachfolgender der Denkschrift entnommener Tabelle hervor:

Tägliche Arbeitszeit in Stunden	Steinbrecher		Steinmetzen		Schleifer		Sämmtliche Arbeiter	
	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe
6-7 (6 1/2)	1	1	1	1	1	1	100	151
8	1	1	1	1	1	1	20	31
8-9 (8 1/2)	3	2	3	3	3	3	171	258
9	2	11	3	10	3	3	726	1098
9-10 (9 1/2)	2	11	3	10	3	3	702	1062
10	11	11	15	14	15	15	1981	2997
10-11 (10 1/2)	3	11	3	11	3	3	519	784
11	11	11	3	13	3	3	2203	3332
11-12 (11 1/2)	1	1	1	1	1	1	70	105
12	1	1	1	1	1	1	40	61
13	1	1	1	1	1	1	80	121
							6612	
								2348
								1562
								2707

Dabei waren die an der Umfrage beteiligten Arbeiter an Orten beschäftigt, wo durch das Bestehen einer Organisation die Arbeitszeit schon geregelter und kürzer ist. Und doch geht auch hier die Arbeitszeit weit über das Maß hinaus, das hygienisch als zulässig bezeichnet werden kann. Die verheerenden Wirkungen des Staubaubes können einigermaßen nur dann gebannt werden, wenn die Arbeitszeit energisch und unerbitlich so bald wie möglich gekürzt wird. Denn durch die hohe Sterblichkeit verliert die deutsche Volkswirtschaft alljährlich einen Fonds von Arbeitskräften im besten Mannesalter, deren Verlust weit empfindlicher wiegt als eine finanzielle — übrigens nur vorübergehende — Reduzierung des Unternehmergewinnes.

Ein Haupteinwand gegen eine rasche und baldige Verkürzung der Arbeitszeit dürfte nun aus der ungünstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes hergeleitet werden: der Beginn einer Periode der geschäftlichen Mattigkeit könne nicht zu einem sozialpolitischen Eingriff in das Gewerbe der richtige Zeitpunkt sein, im Interesse der Arbeiter so wenig, wie in dem der Unternehmer. Vom entgegengekehrten Standpunkte geht die Denkschrift aus, die von einer reichsrechtlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse sich vielmehr eine Förderung des Gewerbes selbst verspricht. Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschlands Steinindustrie hinter England und den Vereinigten Staaten technisch noch zurückstehe. Eine Beschränkung in der Anwendung menschlicher Arbeitskräfte würde jedenfalls zu schnellerer Einführung des maschinellen Betriebes anspornen.

Noch näher liegt aber vom Gesichtspunkte des Arbeitsmarktes die Befürwortung der Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn die Geschäftslage sich ungünstig gestaltet, so legt sich eine Reduzierung der Arbeitsdauer dem Arbeitgeber ganz von selbst nahe. In Perioden lebhaften Geschäftsganges, reicher Aufträge und hoher Gewinnchancen sind die Arbeitgeber am aller Schwersten geneigt, die Arbeits-

zeit zu verkürzen, sie drängen vielmehr in der Regel zu Ueberstunden. Ganz anders in Zeiten des Niederganges, wo das Geschäft flau geht oder stockt. In solchen Zeiten führt eine staatliche Beschränkung die Arbeitszeit weniger. Die Arbeitgeber gewöhnen sich leichter an die Verkürzung, weil sie Zeit genug haben, bis zum Wiedereintritt der günstigen Geschäftsperiode die Leistungsfähigkeit des Betriebes durch technische oder organisatorische Neuerungen auf die frühere Höhe zu bringen. Aber auch die Arbeiter haben Zeit, die Intensität ihrer Arbeit zu steigern und dadurch den anfänglichen Ausfall an Arbeitsleistung, der in schlechten Zeiten weniger stark ins Gewicht fällt, wieder einzuholen.

Ein Gewerbeinspektor schreibt:
Der geehrten Verlagehandlung spreche ich für die gefällige Uebersendung der von Richard Calmer bearbeiteten Denkschrift an den Bundesrath: „Die Berufsgefahren der Steinarbeiter“ meinen verbindlichsten Dank aus.
Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben meine volle Sympathie, ich würde es sehr gern sehen, wenn sie Gesetzeskraft erhielten.
In dem Wunsche, daß Ihre Vorschläge recht bald zur Durchführung gelangen möchten, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung
Hassenpflug,
Agl. Gewerbeinspektor.

Rundschau.

Internationale Streikstatistik. Die Zahl der Streiks hat im Dezember stark abgenommen. Nach der Zusammenstellung der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ haben in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz und England zusammen 44 Ausstände begonnen gegen 86 im November. Noch immer setzt sich die Streikbewegung der Hafenarbeiter in den Seestädten fort. Am 17. Dezember traten in Antwerpen über 20 000 Hafenarbeiter wegen einer fünfprozentigen Lohnkürzung für Nacht- und Sonntagsarbeit und wegen Verlängerung der täglichen Arbeitszeit in Ausstand. Seit dem 20. Dezember streiken in Genua über 10 000 Hafenarbeiter, denen weitere 10 000 Werft-, Metall- und Kohlenarbeiter sich angeschlossen haben. Der Ausstand ist infolge der plötzlichen Auflösung der Arbeiterkammern durch den Präfekten ausgebrochen.

Das Streikpostenstehen ist auf polizeilichem Wege nicht zu verbieten. Das Reichsgericht erkannte, wie aus Leipzig telegraphirt wird, auf Aufhebung des Urtheils des Landgerichts Hannover vom 19. Oktober 1900, durch welches der Redakteur Reichstagsabgeordneter Molkenbühr wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Lübecker Verordnung gegen das Streikpostenstehen zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden war, und sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei, weil diese Verordnung als ungültig anzusehen sei, da sie im Widerspruch mit der Gewerbeordnung und dem Strafgesetzbuch erlassen worden sei.

Die Scharfmacher werden nun wohl die Zucht-hausvorlage wieder aufs Tapet bringen.

Literarisches.

Die sozialistischen Monatshefte sind ein unabhängiges Organ für Theorie und Praxis des Sozialismus, eine Revue des geistigen und sozialen Lebens. Preis pro Quartal 1,50 Mk., Einzelheft 0,50 Mk.

Für jeden in der Bewegung stehenden Genossen ist es eine Nothwendigkeit, daß er neben der Lektüre der Tagespresse seine politische und soziale Bildung durch eine wissenschaftliche Erörterung aller brennenden Fragen vertieft und erweitert. Und dazu bieten ihm die sozialistischen Monatshefte die nöthigen Hilfsmittel und die nöthige Anregung.

An den sozialistischen Monatsheften haben mitgearbeitet und arbeiten mit die ersten Kräfte des internationalen Sozialismus. Es seien nur genannt: Ign. Auer, Ed. Bernstein, Wilh. Bölders, Dr. Eduard David, v. Elm, P. Göhre, W. Heine, Jean Jaurès, P. Kampfmeyer, C. Legien, W. Liebknecht, M. Schippel, G. v. Vollmar, Dr. Conrad Schmidt u. a. m.

Probehefte sind gratis zu beziehen durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W., Lützowstr. 85a.

Briefkasten.

Rafer, Gefrees. Siehe Nr. 5, Bekanntmachung der Zentralleitung.
A. T. L. i. L. Anfragen in Bremen, R. Horn, Friesenstraße 50.

Anzeigen.

Ehrenerkklärung.

Ich bedauere, daß ich Herrn Gustav Sommerfeld in Cöln des Diebstahls verdächtig habe. Dieser Verdacht ist grundlos gewesen, es hat sich herausgestellt, daß mich eine andere Person bestohlen hat.
Meißen-Cöln, den 28. Januar 1901.

Andreas Brill.

Meinen Freunden und Gönnern zur gefälligen Kenntniznahme, daß ich am 1. Februar d. J. Berlin N.W., Birkenstraße 23,

ein Restaurant mit Vereinszimmer

übernommen habe. Um geneigten Zuspruch bittet
G. Alleder, Steinmez.

Lüchtige Hand- und Maschinenschleifer

sucht sofort für dauernd
S. Conradus, Jena i. Thür.

Ich versende
12 Stück Steinmezknüpfel

aus prima Weißbuche für 10 Mk. sortirt von 15-19 cm Durchm., für 12 Mk. sortirt von 16-21 cm Durchm., alle andern Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.

Gelegenheitskauf.
1 Duzend Steinbauerknüpfel

14-16 cm., sortirt für 6 Mk.
Walter Lauterwald
Eisleben.

Nachruf.

Am 17. Januar starb unser Kollege
Karl Henking

im 25. Lebensjahre.

Am 18. Januar starb unser Kollege
Hermann Rothe

im 37. Lebensjahre. Beide an der Berufskrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Die Organisation der Steinarbeiter Hannovers.

Am 18. Januar früh 8 Uhr verunglückte mit tödtlichem Ausgang (Zug überfahren) der Kollege

August Schaler

aus Dohma im Alter von 45 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Organisation der Steinarbeiter
im Gottliebenthal.

Am 26. Januar starb unser Kollege
August Nicht

im Alter von 57 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Organisation der Steinarbeiter von
Wenig-Rackwitz und Umgegend.

Am 29. Januar starb unser Kollege
Karl Weihrauch

im 36. Lebensjahre nach einem langen Krankheitslager an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Organisation der Steinarbeiter Bunzlau.

Am 31. Januar starb unser werther Kollege
Wilhelm Haude sen.

im Alter von 57 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehre seinem Andenken.

Die organisirten Steinarbeiter von Striegau
und Umgegend.

Der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von Dr. Hoffmanns Glandulen, Chemische Fabrik Merano i. Sachsen, bei. Es ist dies eine längere Abhandlung über Lungenleiden zur Belehrung für Kranke und deren Angehörigen, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Druck von F. Wosetel, Berlin S.-D., Dranienstr. 23.